



CDU – Fraktion

im Rat der Stadt Ibbenbüren

13. Dez. 2019

Stellungnahme zum Haushalt für das Jahr 2020

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Schrameyer,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

"Gute Zeiten, schlechte Zeiten", so lautet der Titel einer Telenovela im Deutschen Fernsehen. Sie handelt davon, wie das Leben so spielt. Und zum Spiel des Lebens gehört auch, dass es mal gut und mal weniger gut geht. Uns geht es zurzeit verdammt gut.

Uns liegt ein Rekordhaushalt vor. Wir haben eine sehr geringe Arbeitslosenquote und wurden von Steuereinnahmen regelrecht überspült. In Ibbenbüren entsteht ein Teilstandort der neuen deutschen Forschungsfertigung für Batteriezelle – eine Art Musterfabrik mit vielen guten Arbeitsplätzen. Das alles zusammen ist so etwas wie ein Jackpot im Lotto.

Aber schon die biblische Management-Weisheit von den sieben fetten und den sieben mageren Jahren im 1. Buch Mose lehrt uns, dass sich die wirtschaftliche Entwicklung in Zyklen vollzieht. Sie mahnt uns zur Sparsamkeit und zu Rücklagen in den fetten Jahren.

Unsere letzten Jahresabschlüsse waren gekennzeichnet von erheblichen Überschüssen. Diese lagen jeweils weit über den Planansätzen. Im Jahr 2018 waren es überplanmäßig satte 10,8 Mio. Euro; das sind gut 2.000 Prozent.

Das ist natürlich sehr schön. Es wirft aber auch die Frage auf: Wie ernst müssen wir das Zahlenwerk nehmen?

Seit der Einführung des NKF im Jahr 2008 haben wir einen Kapitalzuwachs von gut 14 Mio. Euro; die Ausgleichsrücklage beträgt heute 33,3 Mio. Das ist eine kerngesunde Bilanz.

Die Zahlen belegen eine erfreuliche Entwicklung der Stadt Ibbenbüren. Und sie bieten uns den finanziellen Spielraum, den wir brauchen, um die Stadt liebens- und lebenswert als das *„Hoch im Münsterland“* weiterzuentwickeln.

Sie belegen aber auch, dass die drastische Erhöhung der Grundsteuer B im Jahr 2017 nicht notwendig war. Die Grundsteuer B betrifft jeden Bürger, egal ob als Hauseigentümer oder als Mieter. Die Erhöhung im Jahr 2017 bedingt eine Mehrbelastung der Bürger von circa 1,5 Mio. Euro pro Jahr.

Wenn wir heute resümieren, dass die Erhöhung der Grundsteuer B für den Haushaltsausgleich der Jahre 2017 und 2018 definitiv nicht notwendig war, dann sind wir verpflichtet, den Bürgern das Geld in geeigneter Form zurückzugeben. Und das sollten wir da tun, wo dieses Geld thematisch hingehört und wo der Schuh zunehmend drückt, nämlich ist im Bereich des **„bezahlbaren Wohnraums“**.

Herr Bürgermeister, gemäß Ihrer Presseerklärung vom 11. Dez. 2019 möchten Sie in Ibbenbüren den **„Traum von Familie und Eigenheim möglich machen“**. Und Sie verkünden stolz, dass der vorliegende Haushaltsentwurf 3,25 Mio. Euro für den Erwerb von Wohnbauland vorsieht. Dies ist natürlich zu begrüßen. Es löst das Problem des bezahlbaren Wohnraums indes nicht.

Denn, wenn eine Familie von der Stadt Ibbenbüren - z. B. bei uns in Püsselbüren - ein Baugrundstück erhält, dann kostet das Grundstück mit allen Nebenkosten circa 50 – 70.000 Euro und ein einfaches Einfamilienhaus nochmals gute 250 - 280.000 Euro, zusammen also schnell 350.000 Euro. Das hat mit „bezahlbarem Wohnraum“ herzlich wenig zu tun, und so bleibt es für viele nur ein Traum.

Der Mietzins für Neubauwohnungen liegt inzwischen auch in den Ortsteilen bei 7 Euro und mehr pro Quadratmeter; d. h. eine mittlere Wohnung ist unter 500 – 600 Euro Kaltmiete kaum noch zu finden.

Meine Damen und Herren, Wohnen entwickelt sich auch bei uns in Ibbenbüren zunehmend zu einer sozialen Frage. Der Mietpreis einschließlich Nebenkosten, wozu nicht zuletzt auch die Grundsteuer B gehört, entpuppt sich als Barriere, ja sogar als Mauer, was den Zugang zu bezahlbarem Wohnraum angeht.

Um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, muss an vielen Stellschrauben gedreht werden.

Eine Hürde ist sicherlich das knappe und damit zu teure Bauland.

Die Bauauflagen sind zu hoch und damit zu teuer, während die Planungsprozesse zu lange dauern.

Das Land muss dringend die Grunderwerbsteuer für Eigenheime senken. In NRW beträgt sie 6,5 %. Für eine Eigentumswohnung im Wert von 280.000 Euro sind das mal eben 18.200 Euro. Das ist ein Spitzensatz, den Rot-Grün 2014 durchgesetzt hat. Neben NRW kassieren nur das Saarland, Schleswig-Holstein, und Thüringen 6,5 %. Bayern und Sachsen begnügen sich mit 3,5 %. Die jetzige Landesregierung hat das bisher leider nicht geändert.

Auch die Stadt Ibbenbüren muss sich deutlich mehr einfallen lassen. Lediglich Grundstücke in den Ortsteilen für um die 100 Euro anzubieten und leicht verbilligte Grundstückspreise für den sozialen Wohnungsbau festzusetzen, ist uns nicht ambitioniert genug.

Herr Bürgermeister, in Ihrer soeben zitierten Pressemitteilung erklären Sie ferner, dass Sie durch den kommunalen Zwischenerwerb den Spekulanten klare Schranken setzten. Das hört sich gut an, ist allerdings Theorie. Ich denke hier an einen ganz bestimmten Grundstücksverkauf. Auf dem betreffenden ehemaligen städtischen Grundstück steht nach einem Zwischenverkauf heute das Mehrfamilienhaus eines Investors, und das hat weiß Gott keinen günstigen Mietzins. Mit bezahlbarem Baugrund für Familien oder gar sozialem Wohnungsbau und auch mit Schranken für Spekulanten hat dies nichts zu tun.

Meine Damen und Herren, wir möchten das Geld, das wir den Ibbenbürener Bürgern bei der Grundsteuer B in den Jahren 2017 und 2018 zu viel abgenommen haben, in ein Projekt „*Bezahlbarer Wohnraum*“ stecken. Das sind rund 3 Mio. Euro. Die Ausgleichsrücklage verträgt es, wenn wir ihr diesen Betrag wieder entnehmen und als Budget für das Projekt festsetzen.

Wie das Projekt entwickelt und umgesetzt werden kann, dazu bieten wir Ihnen gerne die konstruktive Zusammenarbeit an. Insoweit bedarf es dringend der neuen Ideen, Herr Bürgermeister, die Sie 2015 versprochen haben. Ein Weg könnte durchaus über die Ibbenbürener Baugenossenschaft führen, die u. E. deutlich zu wenig in Richtung bezahlbarer Wohnraum unternimmt.

Ein weiteres dringendes Projekt ist natürlich der **Ibbenbürener Bahnhof** und das gesamte **Bahnhofsquartier**. Wir alle wissen: Dieses Quartier ist seit Jahren notleiden. Der Bahnhof ist nicht barrierefrei, er ist hässlich, verdreckt, unsicher und offenbar ein Marktplatz für kriminelles Handeln u. a. im Drogenmilieu. Er bereitet Unbehagen und Angst. Ibbenbüren „*Das Hoch im Münsterland*“ leistet sich bereits am Eingangstor ein Tief!

Was das Bahnhofsgebäude an sich angeht, ist natürlich zunächst einmal die Deutsche Bahn in der Pflicht.

Unsere Aufgabe ist die Integration des Bahnhofs in das städtische Quartier und die Vernetzung der Reisekette vor Ort. Wir sind insoweit gefordert, eine städtebauliche Entwicklung des Bahnhofsquartiers zwischen der B 219, der Laggenbecker Straße und der Wilhelmstraße hinzubekommen. Neben Sicherheit und Sauberkeit müssen wir hier die Komponenten ÖPNV, Taxi, Miet-Wagen/Miet-Fahrrad, Fahrradstation, Parkmöglichkeiten, City-Information, Unterstützung mobilitätseingeschränkter Menschen, Dienstleistungen, vielleicht ein Kino etc. abbilden. Die sichere Verbindung zur Innenstadt und zu den Schulen ist selbstverständlich. Der Bahnhof und das gesamte Bahnhofsquartier müssen ein angstfreier Raum sein.

Dazu hat es immer wieder und schon zu Zeiten von Stadtbaurat Michels Werkstattgespräche und Workshops mit vielen wunderbaren Ideen und Anregungen gegeben. Wir müssen das endlich in ein realistisches integriertes Gesamtkonzept bringen. Ob es in diesem Zusammenhang sinnvoll oder gar unumgänglich ist, den Bahnhof zu kaufen, muss sich dabei zeigen. Einen nennenswerten Kaufpreis ist die Schrott-Immobilie nicht wert.

Wir können uns vorstellen, das Technische Rathaus neben anderen Dienstleistern wie z. B. Ärzte, Steuerberater, Architekten, Kino im Bahnhofsquartier anzusiedeln. Diese Ansiedlungen gehören nach unserer Auffassung nicht an den Stadtrand und auch nicht in unsere Gewerbegebiete.

Ebenso ist ein **Mobilitätskonzept** mit der Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer von elementarer Bedeutung für die Zukunft unserer Stadt. Bei der Festlegung der Zielwerte dürfen wir allerdings nicht verkennen, dass wir eine ländliche Flächengemeinde sind. Die vorgesehene Verknappung von Stell- und Parkplätzen als Zwangsmittel zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel wäre ein fataler Irrweg. Dies sollte eine natürliche Folge, nicht aber der Weg sein. Denn der führt nicht zuletzt dazu, dass wir vor allem unsere Innenstadt abschotten. Wir haben nichts gewonnen, wenn die Innenstadt in Schönheit stirbt. Gerne wiederhole ich an dieser Stelle unsere ständige Forderung nach einer Flexibilisierung der Parkgebühren.

Wir müssen zunächst einmal einen gut funktionierenden öffentlichen Nahverkehr hinbekommen. Dazu brauchen wir einen Ring-Bus, der die Ortsteile mit anbindet. Erst wenn solche Dinge funktionieren, sollten wir über die Reduzierung von Stell- und Parkplätzen nachdenken. Bei uns in Ibbenbüren definiert sich der ÖPNV bisher im Wesentlichen über die Schülerbeförderung. Und auch hier sind neue Ideen gefragt.

Die wahrnehmbare **Wirtschaftsförderung** in Ibbenbüren scheint sich auf die Verteilung von Grundstücken sowie auf die Moderation des Wirtschaftsfrühstücks und des Neujahrsempfangs zu beschränken. Die Stelle des Geschäftsführers bzw. der Geschäftsführerin des **Stadtmarketing** ist seit langem vakant. Seit geraumer Zeit basteln wir an einem Konzept. Für uns ist Stadtmarketing eine der Kernaufgaben der Verwaltung, die vernachlässigt wurde.

Wir teilen die große Besorgnis der Menschen um den **Klimawandel**. Die Eindämmung des von Menschen verursachten Klimawandels hat für uns eine hohe Priorität.

Den Klimanotstand müssen wir allerdings nicht ausrufen. Das ist Symbolpolitik ohne realen Nutzen. Notstand bedeutet nämlich Angst, und Angst war noch nie ein guter Ratgeber.

Wir wollen auch in Ibbenbüren den nötigen und uns möglichen Beitrag dazu leisten, die Welt-Klimaziele zu erreichen. D. h. für uns konkret: Alle künftige Vorhaben, wie z. B. der Bau Hauptschule oder der Bau des neuen Aaseebades oder der Bau einer Wohnsiedlung oder das Kirmesfeuerwerk oder die Eisbahn oder auch die Größe des Dienstwagens des Bürgermeisters oder, oder . . . müssen darauf abgeklöpft werden, welche Folgen sie für das Klima haben und was wir uns insoweit leisten wollen.

Wir haben einen Klima-Manager. Es ist also guter Weg, auf dem wir uns bezüglich des Klimaschutzes bereits befinden.

Die **Schullandschaft** in Ibbenbüren ist gut aufgestellt. Die hohen Investitionen in die Bau- substanz und in die Digitalisierung lohnen sich. Das ist sehr gut angelegtes Geld.

Wir haben ein gut funktionierendes mehrgliedriges Schulsystem in Ibbenbüren. Das wollen wir erhalten und stärken.

Die **schulische Inklusion** macht uns weiterhin große Sorgen. Die Darlegungen und Klagen der Schulleitungen, insbesondere in der Sitzung des Schulausschusses am 18. Sept. 2019, haben uns sehr betroffen gemacht. Hier wurde sehr deutlich, was dabei herauskommt, wenn Dinge ideologisch und nicht logisch angegangen werden. Wir müssen endlich dahin kommen, die Dinge vom Kind her zu betrachten. Es darf doch nicht darum gehen, Politiker und Eltern glücklich zu machen. Dies gilt auch für viele andere Bereiche, z. B. im Bereich von Kitas, OGS usw.

Auf die Versorgung mit Förderlehrern haben wir leider keinen Einfluss. Um das schulische Leben für alle Beteiligten erträglicher zu machen, fordern wir ein massives Einwirken seitens der Verwaltung und der politischen Parteien auf unsere Landes- und Bundepolitiker für:

- mehr Lehrpersonal und Betreuer in den Inklusionsklassen;
- mehr Fortbildung für die Lehrerinnen und Lehrer, um die Probleme der schulischen Inklusion zu mindern,
- eine bessere Eingangsdiagnostik für Kinder mit Förderbedarf durch Fachleute wie Therapeuten, Sozialpädagogen etc.
- weniger Schulen des Gemeinsamen Lernens, um die geringe Zahl der Förderlehrerinnen und Förderlehrer auf weniger Standorte zu konzentrieren

Die **Entwicklung der städtischen Realschule und der Hauptschule** betrachten wir mit großer Aufmerksamkeit. Wir wollen neben der Realschule eine gute Hauptschule. Um unsere Hauptschule zu stärken, planen wir den Neubau im Stadtgebiet. Uns sind beide Schulen wichtig. Wir wollen zwei selbstständige Schulen auf hohem Niveau. Diese beiden Schulen haben als Kernaufgabe, junge Menschen für eine gute Berufsausbildung optimal zu qualifizieren. Dies funktioniert am besten in einer konstruktiven Zusammenarbeit der beiden Schulen, um Synergien zu erzielen, z. B. in der gemeinsamen Nutzung sehr gut ausgestatteter Werk- und Technikräume etc. Dazu ist geboten, die Hauptschule in der Nachbarschaft zur Anne-Frank-Realschule zu errichten.

Wir möchten die Standort-Entscheidung revidieren und die neue Hauptschule im Westen der Stadt platzieren. Dafür sprechen noch viele weitere gute Gründe, von den Baukosten, über den Flächenverbrauch bis hin zur Sporthalle, und zur Mensa und nicht zuletzt auch die unmittelbare Nähe dieses Standortes zur Innenstadt.

Nach allem: Wir wollen den vorliegenden Entwurf der Haushaltssatzung 2020 keineswegs schlecht reden. Es ist aber kein Haushalt, der den aktuellen Herausforderungen in unserer Stadt ausreichend begegnet. Er ist uns in vielen Punkten einfach nicht ambitioniert genug. Ich habe die Punkte alle angesprochen. Aus diesen Gründen stimmen wir der gegenständlichen Haushaltssatzung nicht zu.

Liebe Kolleginnen und Kollegen im Rat, wir führen heute in dieser Zusammensetzung die letzte Haushaltsdebatte der laufenden Ratsperiode.

Ich möchte mich - auch im Namen meiner Fraktion - bei Ihnen allen mit aufrichtigem Respekt für die zumeist gute und konstruktive Zusammenarbeit in vielen Fragen bedanken. Wir haben, ohne die Verkennung von Gegensätzen, gemeinsam einiges für Ibbenbüren bewegen dürfen. Dass wir es dabei nicht immer allen recht machen konnten, liegt in der Natur der Sache. Ich denke aber, für uns alle sagen zu dürfen, dass wir uns nach jeweils bestem Wissen und Gewissen redlich bemüht haben.

Ich danke auch der Verwaltung unter Leitung von Bürgermeister Dr. Marc Schrameyer für die geleistete Arbeit und für den Fleiß, ohne den das enorme Arbeitspensum in allen Fachdiensten nicht zu bewältigen gewesen wäre.

Nicht zuletzt bedanke ich mich bei meiner Fraktion für die gute Zusammenarbeit und für das Vertrauen, das Ihr mir stets entgegenbringt. Es macht Spaß mit Euch!

Uns allen, unseren Familien und unseren Freunden wünsche ich ein gesegnetes Weihnachtsfest und gutes, gesundes und friedliches Jahr 2020. Dazu ein herzliches Glückauf und Gottes Segen!

Ulrich Remke

CDU-Fraktionsvorsitzender